

Europawahl 2019

Finanzen

Digitalisierung

Arbeit

Deutscher Mittelstands-Bund (DMB)

Europawahl 2019: Mittelstandspolitische Wahlprüfsteine

Antworten auf einen Blick und Ergebnisbericht

Kontakt
Deutscher Mittelstands-Bund (DMB) e.V.
Grafenberger Allee 125
40237 Düsseldorf

www.mittelstandsbund.de
Tel. +49 (0) 211 / 2005 25-0
Fax +49 (0) 211 / 2005 25-99
Mail: info@mittelstandsbund.de

Vertreten durch:
Marc S. Tenbieg
Geschäftsführender Vorstand
meinung@mittelstandsbund.de

Europawahl 2019

Mittelstandspolitische Wahlprüfsteine des DMB – Antworten auf einen Blick!

Anlässlich der Europawahl 2019 hat der Deutsche Mittelstands-Bund (DMB) im April 2019 mittelstandspolitische Wahlprüfsteine aufgestellt. Schwerpunkte hierbei sind die für den Mittelstand relevanten Themenbereiche Digitalisierung, Finanzen, Internationalisierung, Nachfolge und Arbeit. Nachfolgend werden die Antworten in einer Tabelle und einem Ergebnisbericht (ab S. 4) übersichtlich wiedergegeben. Die Positionen des DMB sind blau hinterlegt.

Die ausführlichen Antworten der Parteien gibt es unter www.mittelstandsbund.de/politik/europawahl-2019/wahlpruefsteine.



	CDU CSU	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.	Alternative für Deutschland	Freie Demokraten FDP	DMB DEUTSCHER MITTELSTANDS-BUND
Mittelstandspolitik Schwerpunkte	Bürokratieabbau, Forschung und Entwicklung, fairer Wettbewerb	Innovationsförderung, fairer Wettbewerb	Innovationsförderung, Ressourceneffizienz	Investitionsoffensive mit 500 Mrd. € pro Jahr in u.a. Infrastruktur und Energiewende	Bürokratieabbau, Rechtssetzung bei Nationalstaaten aber intensivere Zusammenarbeit	Bürokratieabbau, Kapitalmarktunion, Freihandel, Steuerlast gerecht verteilen	Investitions-offensive für KMU, Bürokratieabbau, faire Besteuerung
KMU-Definition für größere Unternehmen (bis 500 Beschäftigte) erweitern	Erweitern, ohne den kleinen Unternehmen Fördergeld zu nehmen	Erweitern	Beibehalten da sonst Verwässerung der Fördergelder für kleine Unternehmen	Beibehalten	-	Erweitern	Erweitern, wenn kleinen Unternehmen kein Fördergeld genommen wird
Digitalisierung Unterstützung von KMU	Harmonisierung IT-Standards	Entlastung Verwaltungsvorgaben, Harmonisierung IT-Standards, Öffentliche Konsultationsprozesse, Datenpools	Digitalsteuer für große Unternehmen, Digitale Infrastruktur stärken, Wahrung Netzneutralität	Infrastruktur, Datensicherheit, Digitalsteuer für große Unternehmen, Wahrung Netzneutralität durch Verstaatlichung digitaler Infrastruktur	Harmonisierung IT-Standards, MINT-Fächer stärken, Bürokratieabbau	Kartellrecht anpassen gegen Monopolisierung, Digitale Freihandelszonen, Think Small First-Prinzip	Digitale Infrastruktur stärken, IT-Standards harmonisieren, Bürokratie vermeiden



Finanzen & Steuern Förderinstrumente KMU	Investitionen in Digitalisierung, Energienetze, transnationale Verkehrsachsen, Verteidigung und Sicherung der Außengrenzen	Innovationskraft weiter fördern durch bestehende Programme COSME , EFRE und Horizon	Programmvolumen gegenüber dem Vorgängerzeitraum verdoppeln	Transparente Vergabe, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und KMU fördern	Nur Rahmenbedingungen für Wirtschaft festlegen, Förderung durch Nationalstaaten	EFRE und EFSI stärken, Infrastruktur und Verkehr fördern, mehr Geldmittel für KMU Förderung	Förderprogramme aufstocken (siehe Beitragsserie Förderprogramme auf Europawahlseite des DMB)
Faires Steuersystem	Gemeinsame Bemessungsgrundlage für Körperschaftsteuer	Gemeinsame Körperschaftsteuer und Mindeststeuer, Digitalkonzerne fair besteuern	Gemeinsame Körperschaftsteuer und Mindeststeuer, Digitalkonzerne fair besteuern	Steuerungsumgehung und Steuervermeidung bekämpfen	Erhebung von Steuern ist ein Privileg der Mitgliedstaaten	Erhebung von Steuern ist ein Privileg der Mitgliedstaaten, keine Digitalsteuer	Digitalkonzerne fair besteuern, Steuerbelastung von kleinen Unternehmen verringern
Internationalisierung Freihandel	Hemmnisse abbauen, Neue Handelsabkommen mit USA, Australien, Neuseeland, Vietnam und den Mercosur-Staaten	KMU-Handelsstrategie entwickeln, Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse, Zugang zu Infos vereinfachen	Expertenhilfe des Enterprise Europe Network unterstützen, Umwelt- und Schutzstandards einhalten	Fokus auf Regionalisierung, KMU profitieren nicht von Handelsabkommen (Verdrängungswettbewerb)	Importbeschränkungen der EU abbauen, Exportsubventionen schrittweise streichen (fairer Wettbewerb)	Exportkredite, Abschluss bilateraler Handelsabkommen, EU-only bei EU-Freihandelsabkommen	Nationale Mittelstandsstrategie entwickeln, Europäische Förderstrategie als Vorbild
Unternehmensnachfolge Europäische Maßnahmen	EFRE - und ESF -Programme weiterentwickeln	Unterstützung bei binnenmarktumfassender Strategie zur Unternehmensnachfolge, EFRE vorantreiben	Wird nicht als europäisches Problem und öffentliche Aufgabe gesehen	Genossenschaftliche, kooperative Unternehmensmodelle fördern	-	Kapitalmarktunion mit Auswirkungen auf Nachfolge, Next-Change europäisch aufstellen	Forderung nach europäischer Nachfolgebörse und europäischen Beratungsangeboten



Arbeit & Bildung Fachkräftemangel	Europäische Arbeitsagentur	Europäisches Konzept gegen Fachkräftemangel, Deutsches Einwanderungsgesetz als Vorbild	Europäische Förderung durch re-training und up-skilling	Gute Löhne und eine Qualifizierungsoffensive	Zuwanderung an jeweiligen Arbeitsmarkt orientieren	Europäische Fachkräfteagentur, Ausbildungszentren in Drittstaaten, Punktesystem Arbeitsvisum, duale Berufsausbildung etablieren
Dienstleistungsbinnenmarkt	Verbesserung bei der Dienstleistungsfreiheit, Qualifikationen transparenter nachweisbar machen	Gesetzesvorschläge mit zu hohem Deregulierungsgrad, kein Nutzen für KMU (Verdrängung vom Markt)	Arbeitnehmerrechte müssen besonders geschützt werden	Dienstleistungsrichtlinie abschaffen, Abwanderung löst massive Probleme in anderen Mitgliedsstaaten aus	Erhalt der freien Berufe, aber Ausbildungs- und Qualitätsstandards einhalten	Unterschiede in den Mitgliedsstaaten sollen immer in Rechtsakten der EU berücksichtigt werden
Entbürokratisierung	1 in 1-Out, Europäischer Normenkontrollrat soll Kosten abschätzen	<u>REFIT</u> vorantreiben	Zugang zu <u>Forschungsmitteln</u> vereinfachen	Soziale und arbeitsrechtliche Standards immer schützen	Überprüfung der neuen EU-Richtlinien bzgl. der Dokumentationspflichten	Auslaufklausel von Gesetzen, EU-Recht in Deutschland 1:1 umsetzen und nichts drauf-satteln

Erleichterter Zugang für Fachkräfte zum deutschen Arbeitsmarkt durch z.B. europäische Arbeitsagentur

Keine gesamt-europäischen Regulierungsversuche, Schutz der eigenen nationalen hohen Standards

REFIT stärken und effizienter umsetzen
→ Alle Infos zur Teilnahme bei REFIT auf unserer Internetseite

Weitere Informationen finden Sie auf:
www.mittelstandsbund.de/europawahl2019

Europawahl 2019

Mittelstandspolitische Wahlprüfsteine des DMB – Ergebnisbericht

Der Deutsche Mittelstands-Bund (DMB) stellte CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, AfD und FDP insgesamt 18 Fragen in Form von Wahlprüfsteinen zu den Herausforderungen von mittelständischen Unternehmen. Folgend werden die wichtigsten Inhalte der Antworten und die DMB-Positionen dazu in Kürze zusammengefasst.

Einheitliche Steuern

Das europäische Mehrwertsteuersystem wird momentan grundlegend von der Europäischen Kommission reformiert. Ein weiterer Schritt zu einer einheitlichen europäischen Besteuerung wäre die Einführung einer gemeinsamen europäischen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer. CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen unterstützen eine gemeinsame Körperschaftssteuer, wobei SPD und Bündnis 90/Die Grünen zusätzlich eine Mindeststeuer für Unternehmen in der Mitgliedsstaaten fordern, um einem Abzug von Unternehmen in steuergünstige Gebiete entgegen zu wirken. Die FDP und AfD sind hingegen anderer Meinung und sehen das Privileg der Erhebung von Steuern ausschließlich bei den Nationalstaaten.

DMB-Position | Aus der Perspektive von deutschen KMU müssen deutliche Wettbewerbsnachteile durch das deutsche Steuerrecht attestiert werden – auch im Vergleich zu global agierenden Großkonzernen und Unternehmen mit digitalen Geschäftsmodellen haben KMU eine höhere relative Steuerlast zu tragen. CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der DMB sprechen sich in diesem Zusammenhang für eine faire Besteuerung von Großkonzernen in Europa aus.

Digitalisierung

In den vergangenen Jahren wurden erste wichtige Schritte auf dem Weg zum digitalen Binnenmarkt gegangen. In den nächsten Jahren stehen zentrale Weichenstellungen zu Fragen des Urheber- und Wettbewerbsrecht sowie im Daten- und Verbraucherschutz auf der europäischen Agenda. Hinsichtlich der Forderung europäische IT-Standards zu harmonisieren stimmen alle gefragten Parteien überein.

DMB-Position | Der DMB unterstützt die Harmonisierung europäischer IT-Standards, jedoch sollte eine höhere bürokratische Belastung von KMU strengstens vermieden werden. Die Unternehmen müssen bei der Digitalisierung unterstützt und nicht durch neue Hürden und Pflichten überfordert werden.

Unternehmensnachfolge

In den kommenden fünf Jahren stehen alleine in Deutschland mehr als eine halbe Million Unternehmensnachfolgen an. Oft gestaltet sich die Suche nach einem Nachfolger schwierig. CDU/CSU und SPD wollen zur Unterstützung von Nachfolgeprozessen die Programme des Strukturfonds EFRE weiterentwickeln. DIE LINKE hingegen sieht die Förderung von genossenschaftlichen und kooperativen Unternehmensmodellen als geeignete Maßnahme an. Grenzüberschreitende Lösungen können in Zukunft einen interessanten Ansatzpunkt zur Abhilfe schaffen.

DMB-Position | SPD und FDP unterstützen die Forderung des DMB die deutsche Internetplattform für Nachfolgelösungen „Nexxt-Change“ auch auf der europäischen Ebene zu etablieren.

Fachkräftemangel

Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ist eines der Gründungsprinzipien der EU und ein hohes Gut. Trotzdem stehen in vielen europäischen Staaten – so auch insbesondere in Deutschland – KMU vor dem Problem, den Bedarf an Fachkräften und hochqualifizierten Beschäftigten nicht mehr decken zu können. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels unterstützen CDU/CSU und SPD einen dualen Ansatz mit einer europäischen Arbeitsagentur und dem nationalen Einwanderungsgesetz. Die FDP fordert neben einer Europäischen Fachkräfteagentur, Ausbildungszentren in Drittstaaten sowie ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild für Arbeitsvisa.

DMB-Position | Der DMB fordert einen erleichterten Zugang für Fachkräfte zum europäischen bzw. deutschen Arbeitsmarkt. Insbesondere die Methoden zur Anerkennung von Ausbildungszertifikaten aus Drittstaaten müssen stark nachgebessert werden.

Bürokratieabbau

Kleine und mittlere Unternehmen leiden unter bürokratischen Lasten und hoher Pflichten zur Dokumentation. Mit dem Small-Business-Act (SBA) und dem [REFIT-Programm](#) sind in der Vergangenheit wichtige Grundsteine für den Bürokratieabbau der Europäischen Union gelegt worden. Auf die Frage nach der thematischen Schwerpunktsetzung in der europäischen Mittelstandspolitik äußerten alle Parteien die Absichtserklärung Bürokratie abbauen zu wollen. Die FDP fordert Auslaufklauseln für Gesetze nach amerikanischem Vorbild.

DMB-Position | Der DMB sieht den Ausbau des REFIT-Programms als unausweichlich an und setzt sich für eine effektivere Umsetzung der zu erarbeitenden Maßnahmen ein. Außerdem sollte die Bekanntheit von REFIT in der europäischen Öffentlichkeit massiv gesteigert werden.

Förderprogramme für KMU

Im Rahmen der [Europa 2020 Strategie](#) ist ein umfangreiches Förderangebot für kleine und mittelständische Unternehmen entstanden. KMU-Förderprogramme wie [Horizon 2020](#), [COSME](#) oder die Programme der [Strukturfonds](#) sind allerdings oft mit erheblichem administrativem Aufwand für KMU verbunden und kommen insbesondere jenen Unternehmen zu Gute, die bereits umfassende Forschungs- und Entwicklungsstrukturen aufgebaut haben. CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen betonen vermehrt Innovationen u.a. durch Forschungsprogramme fördern zu wollen. DIE LINKE spricht von einer Innovationsoffensive von 500 Mrd. Euro, die pro Jahr in europäische Förderprogramme investiert werden sollen. Der Haushaltsplan 2019 der EU beläuft sich auf Zahlungen und Verpflichtungen in Höhe von rund 314 Mrd. Euro. Für eine entsprechende Erhöhung des Budgets müssten die Mitgliedsbeiträge entsprechend erhöht werden. FDP und Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich ebenfalls für eine deutliche Erhöhung der Fördermittel für KMU aus. Die AfD betont in ihren Antworten mehrfach die Gesetzgebung der Nationalstaaten nicht untergraben zu wollen und Fördermaßnahmen allein auf nationaler Ebene zu unterstützen.

DMB-Position | Der DMB lobt die hochgesteckten Ziele der europäischen Förderprogramme für KMU. Bei dem momentan niedrigen Budget werden sie jedoch schwer zu erreichen sein. Das KMU-Finanzierungsprogramm COSME hat zum Beispiel für den Zeitraum von 2014 bis 2020 ein Budget von 2,3 Mrd. Euro. Bei einem Haushaltsvolumen von 960 Mrd. Euro für diesen Zeitraum scheint dieses Programmvolumen sehr gering zu sein.